

„Süddeutsche Zeitung“ / Feuilleton / 17. August 2004

# Gefährliche Nachbarschaft

von Danny Leder

„Allahu Akbar“ (Gott ist Groß), rief der Mann, zog ein Messer aus einer Plastiktüte und versetzte einem jungen Juden vor einer Talmud-Studienstätte einen Stich in die Brust. Der Angriff ereignete sich Anfang Juni in Epinay-sur-Seine, eine jener Satellitenstädte nördlich von Paris, die immer wieder zum Schauplatz anti-jüdischer Übergriffe wurden.

Den Mordversuch von Epinay empfanden viele als Fanal. In den letzten vier Jahren kam es zwar häufig zu Anpöbelungen, manchmal zu Schlägen, seltener zu Steinwürfen gegen Juden und ganz selten sogar zu Brandlegungen gegen jüdische Einrichtungen, aber eine Messerattacke war ein Novum. Das Opfer, der 17-jährige Israel Ifrah, überlebte trotz eines Lungendurchstichs. Der Angreifer konnte flüchten und wurde später gefaßt: Eskander Guessine, ein 30-jähriger, beschäftigungsloser Buchhalter, Sohn einer Tunesierin und eines Algeriers, der in seiner Umgebung als verschlossener Einzelgänger galt. In seiner Wohnung fand man radikal-islamische Plakate, knapp vorher hatte Guessine eine Reise nach Saudi-Arabien unternommen.

Freilich: Guessine hatte nach seiner Attacke vor der jüdischen Schule noch vier weitere Passanten zu erstechen versucht, darunter einen Moslem, wobei er wirre religiöse Sätze rief. Also *nur* ein wahnsinniger, unrepräsentativer Eigenbrötler oder doch, gerade wegen seiner psychischen Labilität, der Vollstrecker des in moslemischen Kreisen grassierenden Judenhaß?

## Algier feiert Chirac

Eine derartige Grauzone umgibt viele der gegen Juden begangenen Taten. Daraus versuchen zwei gegensätzliche Meinungsströmungen ihre Interpretationsmuster zu schöpfen, wobei Staatspräsident Jacques Chirac zunehmend in die Rolle eines engagierten Friedensrichters gerät.

Auf der einen Seite stehen die meisten jüdischen Verbände, eine Reihe von Intellektuellen, von denen etliche, aber bei weitem nicht alle aus jüdischen Familien stammen, ja sogar eine kleine Gruppe von Moslems. Auf der anderen Seite firmieren die Mehrheit der moslemischen Organisationen sowie der Großteil der linksalternativen Szene, darunter etliche Persönlichkeiten, die ihrerseits auch aus jüdischen Familien stammen.

Die erst genannte Strömung sieht in der von Moslems ausgehenden Judenfeindschaft eine umfassende Bedrohung für die jüdische Minderheit und die Republik, die zu lange unterschätzt wurde. Weil die meisten Attacken gegen Juden von Jugendlichen aus nordafrikanischen Einwandererfamilien begangen wurden, die bereits zuvor Kleinkriminalität abgeglitten waren, hätte man die antijüdischen Vorfälle erst gar nicht als solche zur Kenntnis genommen. Der gewaltschwangere Alltag in den verarmten Randvierteln habe die Sicht auf die besondere Bedrohung der Juden vernebelt. Dazu kam das schlechte Gewissen der französischen Öffentlichkeit gegenüber den Jugendlichen aus moslemischen Migrantenfamilien, die unter Diskriminierung bei der Job- und Wohnungssuche leiden. Die soziale Misere dieser Jugendlichen habe, zumindest unterschwellig, als Entschuldigung gewirkt, ebenso wie der Verweis auf Israels Besatzungspolitik gegenüber den Palästinensern.

Der Irakkrieg brachte eine Zeitenwende, zumal Staatschef Chirac die Gefahr erkannte, die mit seiner Rolle als Kontrahent von George Bush und Kritiker Israels einherging. In der arabischen Welt heimste Chirac Rekordpopularität ein: bei einem Besuch in Algerien wurde er von Hunderttausenden als „Raisuna“ (unser Präsident) bejubelt. Aber das Anwachsen der antijüdischen Übergriffe in Frankreich lieferte Nährstoff für das Zerrbild eines „antisemitischen Landes“, das US-Medien und israelische Politiker zeichneten.

## Der vorgetäuschte Überfall

Ein kleines Büchlein sollte eine besondere Rolle spielen und auch Chirac nachhaltig beeindruckt: „Les territoires perdus de la République“ - die verlorenen Territorien der Republik (1). Lehrer schilderten darin, wie jüdische Schüler aber auch jüdische Lehrer von ihren mehrheitlich moslemischen Klassen bedrängt wurden, wie stellenweise der Unterricht über den Holocaust und die Dreyfus-Affäre in Tumulte mündete. Aber auch wie Lehrerinnen, weil Frauen, zunehmend von moslemischen Schülern gemobbt wurden, wie der Unterricht über die Philosophie der europäischen Aufklärung unter dem Vorwurf „atheistischer Propaganda“ boykottiert wurde.

Die Grundthese der Autoren, die Abwehr der islamistisch geprägten Judenfeindschaft werde zur Nagelprobe für die Standfestigkeit der Republik, machten sich auch einige wenige, aber rührige Frauenrechtlerinnen aus moslemischen Familien zu eigen. Deren Argumentation: Fundamentalistische Aktivisten würden durch die Verbreitung des islamischen Kopftuchs einen unwiderstehlichen Gruppendruck erzeugen. Dadurch wären all jene Mädchen, die barhäuptig blieben, in Vororte-Siedlungen als sexuelles Freiwild gezeichnet.

Gemeinsam trugen diese Frauenbewegung und die über den Judenhaß besorgten Lehrer wesentlich dazu bei, daß im vergangenen Februar, auf Initiative von Chirac, das französische Parlament ein Gesetz gegen religiöse Symbole an öffentlichen Schulen beschloß. Das Tragen „großer“ christlicher Kreuze, der jüdische Kippa und des islamischen Kopftuchs wurde verboten.

Möglicherweise erlebte aber Frankreich soeben einen neuerlichen Umkehrschub. So wie nach den Protesten gegen den Irakkrieg die Stimmung zugunsten jener Strömung zu kippen begann, die die antijüdischen Übergriffe junger Moslems als Angelpunkt der gesellschaftlichen Krise einstufte, dürfte jetzt wiederum das Pendel auf die andere Seite ausgeschlagen haben. Also zugunsten jener Meinungsströmung, die in der Judenfeindschaft ein Randphänomen sieht, dessen Überbewertung auf eine Stigmatisierung der moslemischen Migranten hinauslaufe.

Zwei Ereignisse dienten zuletzt als Katalysatoren: einmal die Affäre, Mitte Juli, um eine junge Frau, die behauptet hatte, in einem Pariser Vorortezug, gemeinsam mit ihrem 13 monatigen Baby, von jeweils drei jungen Franko-Arabern und drei Franko-Afrikanern mißhandelt worden zu sein, weil diese sie – irrtümlich - für eine Jüdin gehalten hätten.

Die Frau war zwar als krankhafte Lügnerin, die schon mehrmals Überfälle erfunden hatte, bei der Polizei aktenkundig. Aber noch bevor das erruiert wurde, gelangte eine Benachrichtigung über den angeblichen Überfall zu Innenminister Dominique de Villepin und

Präsident Chirac. Beide veröffentlichten standepe scharfe Kommuniquées, woraufhin die gesamte französische Politzszena und Medienlandschaft die Meldung für bare Münze nahmen.

Als dann, zwei Tage, später die Story platzte, empörten sich moslemische Würdenträger und antirassistische Organisationen über „Islamophobie“ und forderten – vergeblich – eine „Entschuldigung“ der Politiker. Junge Franko-Araber und Franko-Afrikaner klagten, gegen sie verübte Polizeiübergriffe fänden keine auch nur annähernd vergleichbare Resonanz. Der pauschalierende Antisemitismus-Vorwurf sei bloß ein weiteres Mittel, um sie zu „Barbaren“ zu stempeln und ihre Benachteiligung als selbstverschuldet darzustellen.

## Zustimmung für Sharon

Schließlich sorgte der Aufruf von Ariel Sharon an Frankreichs Juden „unverzüglich“ nach Israel auszuwandern, um einem „entfesselten Antisemitismus“ zu entfliehen, für eine Überreizung der französischen Öffentlichkeit.

Unter den Juden in den Vororten stießen die Äußerungen des israelischen Premierministers aber eher auf Zustimmung. Wenn Sharon von einer „neuen Art des Antisemitismus“ spricht und dabei auf die zehn Prozent moslemische Bevölkerung Frankreichs verweist, entspricht das dem Bedrohungsgefühl etlicher Juden. Vielfach in den selben Gegenden angesiedelt wie die meisten der rund fünf Millionen Moslems Frankreichs, sehen sich diese Juden als eine Minderheit in der Minderheit.

Die Mehrzahl der 600.000 Juden Frankreichs, so wie die meisten ihrer moslemischen Nachbarn, stammen aus dem arabischen Nordafrika. Aber während die Moslems hauptsächlich als Arbeitsmigranten nach Frankreich kamen, flohen die Juden nach Abzug der französischen Kolonialmacht auch vor den Anfeindungen der Moslems.

Ist Israel für die Juden zur Heimstätte vieler ihrer Verwandten und zu einer Art Trost für ihre Vertreibung aus Nordafrika geworden, so erscheint der moslemischen Bevölkerung Frankreichs das Schicksal der Palästinenser unter israelischer Herrschaft als Wiederholung ihrer eigenen Geschichte unter dem französischen Kolonialregime. Wecken die antijüdischen Attacken bei Juden aus Nordafrika Erinnerungen an ihre einstige Gängelung in den arabisch-moslemischen Gesellschaften, so erscheint jungen Franko-Arabern die massive Erörterung der moslemischen Judenfeindschaft wie ein weitere Demütigung durch eine Gesellschaft, die ihre Eltern vielfach ausgrenzte und ihnen noch immer Chancengleichheit verwehrt. Wollen sich Juden nicht mehr damit abfinden, daß sie schon wieder als Sündenböcke für soziale Mißstände, unter denen sie ebenso leiden, herhalten müssen, geraten junge Moslems, die sich stets aufs neue an gesellschaftlichen Barrieren stoßen, in aggressive Indifferenz gegenüber Gewaltopfern. In Frankreich kollidieren zwei Leidensgeschichten, deren Träger Seite an Seite leben – eine gefährliche Nachbarschaft.

(1) Emmanuel Brenner (Hg.): Les territoires perdus de la République - Antisémisme, racisme et sexisme en milieu scolaire. Editions Mille et une nuits, Paris 2002.